

schaft. Diese Tatsache muß man unterstreichen, da sie immerhin bezeichnend für die Situation innerhalb der SPD ist. Zu dem, was nun Edel unter „kommunistische Parolenpolitik“ oder „sozialdemokratischer Klassenkampf“ versteht, haben wir in der Broschüre nichts. Ueber beide Fragen redet Edel hinweg. An die Stelle konkreter Tatsachen steht er effektive Redensarten. Es ist klar: jeder Versuch Edels, hier konkret hervorzutreten, wäre zum rettungslosen Scheitern verurteilt. Wir wollen deswegen, bevor wir auf Edels Vortrag eingehen, selbst die Frage an einigen Beispielen stellen. Nehmen wir als erstes das Ermächtigungsgesetz, an dessen Durchführung sich die Erwartung der Kapitalisten und alle jetzt noch geführten brutalen Angriffe gegen die Arbeiter und Beamten nützlich. Als damals die Luther-Regierung dieses Gesetz forderte, machten die Kommunisten die Arbeiter auf die Gefahren, die ihnen aus diesem Gesetz drohten, aufmerksam. Die Kommunisten forderten Ablehnung des Gesetzes, Sturz der Regierung durch die Massenbewegung der Arbeiter, die Sozialdemokraten bewilligten der Regierung der Großindustrie das Gesetz.

War das sozialdemokratische Klassenkampf?  
Als der Steuerrabzug von Lohn und Gehalt im Reichstag hand, forderten die Kommunisten Massenkampf gegen den Steuerrabzug gegen die Arbeiter, Erhöhung der Besteuerungen; die SPD bewilligte den hundertprozentigen Lohnrabzug. War das sozialdemokratische Klassenkampf? Als die Reichswehr 1923 von der Reichsregierung gegen die kämpfenden Arbeiter geschickt wurde, forderten die Kommunisten: Abwehrkampf durch Generalstreik; die Sozialdemokraten sabotierten selbst den beschlossenen Proteststreik. War das sozialdemokratische Klassenkampf? Als jetzt unter den Sieben der Hungerperiode die Eisenbahn-Blasen sich erhoben, forderten die Kommunisten: Ausdehnung des Streiks; Einbeziehung der Lohnforderungen. Die Sozialdemokraten erklärten, die Ausdehnung des Streiks, die Einbeziehung der Lohnforderungen dürften nicht erfolgen. War das Klassenkampf?

Es ist klar: die SPD erhob ländig die Forderung des Klassenkampfes der Ausbeuteten gegen die Ausbeuter. Aber die SPD hielt und hält die Arbeiter vom Klassenkampf zurück, führte sie zur Unterwerfung oder Versöhnung mit dem Klassenfeind. Werweisen wir dabei jetzt noch auf die Haltung der SPD zu dem brutalen Angriff der Schwerindustrie.

Die SPD betrügt die Arbeiter und führt sie dadurch irre, daß sie sagt, die Schwerindustrie steht gegen die Bürgerblockregierung. Hat man je schon Kapitalisten gegen ihren eigenen Staatsapparat gesehen? Wir fordern die Einbeziehung der Eisenbahner, der Eisenindustrie und Elektricitätsarbeiter in diesen Kampf. Die SPD schreit, das sei unmöglich, weil dann der bürgerliche Staatsapparat sich gegen die Arbeiter richte. Hat je der kapitalistische Staatsapparat anders gehandelt? Wer fordert hier den Klassenkampf, die KPD oder die SPD? Wir können jede Frage des praktischen Tageskampfes nehmen und die Forderungen der KPD in Vergleich stellen zu denen der SPD, dann kann auch der sozialdemokratische Arbeiter prüfen, das heißt wenn er objektiv zu prüfen in der Lage ist, oder hierzu den Willen besitzt, daß nur die KPD den Klassenkampf führt, während die SPD mit den Kapitalisten an einem Sitze sitzt.

Stellen wir noch die Frage des Trustkapitals. Die KPD erklärt, Kampf gegen die Ausbeutermethoden des Trustkapitals, das ist der Kampf um den Achtstundentag, der Kampf um höhere Löhne, Kampf gegen den Bürgerblock, Sturz der Kapitalherrschaft. Die SPD wendet sich gegen diesen Kampf und täuscht die Arbeiter mit der platonischen Forderung „Staatskontrolle über die Trusts“. Kontrolle der kapitalistischen Staaten über die Kapitalisten. Die SPD empfiehlt, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben. Der Weg, den die Kommunisten den Arbeitern zeigen, das ist der Weg des Klassenkampfes. Die SPD will diesen Weg nicht, kann ihn nicht wollen, da sie verbunden ist mit den Kapitalisten, verbunden mit der kapitalistischen Gesellschaft.

Der Klassenkampf der Arbeiter wird auch die SPD-Führer auf der anderen Seite der Barrikaden finden. Die proletarische Revolution hat dem Gros der SPD-Führer nichts zu geben, eher etwas zu nehmen. Deswegen kämpft die SPD gegen die revolutionäre kommunistische Partei. Deswegen verurteilt sie die Forderungen der KPD, mit denen diese den Arbeitern den Weg zeigt, den Weg des Klassenkampfes, bei den Massen zu diskutieren. Deswegen brüllen die SPD-Führer über „kommunistische Parolen“-Politik.

Mit diesem Geschrei enthüllen die sozialdemokratischen Führer, insbesondere die „Linken“, ihre eigene Unwahrhaftigkeit. Die Kommunisten meinen es ernst mit diesen Forderungen des Klassenkampfes. Die SPD-Führer stellen aber Forderungen, die ein revolutionäres Ziel aufzeigen nur dann, wenn sie die in Erregung geratenen Arbeitermassen täuschen und vom Kampf abhalten oder bei der SPD festhalten wollen. Nichts anderes ist z. B. die Parole, die jetzt Löbe zum Ruhrkonflikt erhebt. Ueberführung der Schwerindustrie in den Staatsbesitz. Hier ist die Verfallung der Forderungen des Kampfes um die Macht. Die Verschiebung der Klassenkampffrage zu einer parlamentarischen Manövrieraktion, mit dem Zwecke, die Arbeiter vom wirklichen Kampf, der ein Klassenkampf würde, abzuhalten. Die Kommunisten wollen wirklich die Enteignung, sie sagen deswegen den Arbeitern, diesen Schritt müßt ihr im Kampfe um die Macht durchführen. Die Verlogenheit der Behauptungen, der Bürgerblock stünde gegen die Schwerindustriellen, hat ja derselbe Edel, der seinen Funktionären inhaltlos Zeug über „sozialdemokratischen Klassenkampf“ erzählte, vor dem Kieler Parteitag selbst charakterisiert. Damals erklärte Edel: „Auch in Deutschland hat das Bürgertum glänzend verstanden, hinter der Form der Republik ein System der Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse zu errichten“. Derselbe Edel brachte aber auch den Beweis dafür, daß für sozialdemokratische Führer die Forderung nach Kampf nur ein Parolenmanöver ist. Ebenfalls vor dem Kieler Parteitag stellte Edel in der Unterbezirkskonferenz von Dresden die Forderung, daß einschleudern Kampf gegen den Bürgerblock nicht im Geiste parlamentarischer Opposition sondern vor allem auch mit auserparlamentarischen Mitteln erfolgen müsse. Nach dem Kieler Parteitag hat Edel zu dieser seiner Forderung nicht mehr ein Wort verloren. Edel zeigte sich als ein edler Parolenkünstler. Aber Edel darf sich nicht unterlassen, von sich aus auf die KPD zu schließen. Selbst wenn die Bethe und Genossen die Edel und Gesellen manchmal als verkappte Kommunisten bezeichneten, so werden nun die Arbeiter allgemein festgesetzt haben, daß die Edel nicht verkappte Kommunisten, sondern randalisierende und betrübende Menschewisten waren. Auf das, was Edel in seinem Vortrage ausführte, auf seinen Kampf gegen die bei der sozialdemokratischen Arbeitererschaft immer stärker werdende Sympathie zur Sowjetunion und seine Flucht auf die Plattform Hugo Haases aus dem Jahre 1916, darauf werden wir in einem weiteren Artikel eingehen.

Witterungsdienst für 11. und 12. Dezember: Bedeckt bis stark wolkig, anfänglich noch neblig. Tagsüber Temperaturen in der Nähe des Gefrierpunktes, nachts etwas darunter. Zeitweilige Niederschläge, teils als Regen, teils aber vorwiegend als Schnee. Schwache Luftbewegung. Gebirge: bedeckt bis stark wolkig, vielerorts noch Nebel. Anhaltend leichter, nur in den höchsten Kammlagen mäßiger Frost, zeitweise Schneefall. Schwache bis mäßige Winde veränderlicher Richtung.

# Baufschlüpfe der Fachlisten

## Geldie fordert die Verreibung des Reichstages mit Kanonen

In einer öffentlichen Reichstagsbannerversammlung verlas ein Major a. D. Nagr, München, aus einem Geheimprotokoll des Stahlhelms über eine Gänzerführung unter Vorbehalt von Selbte und Ehrhardt im Juli d. J. folgende interessante Tatsachen. Danach fordert der Stahlhelm die Einräumung von unbedingten günstigen Plätzen auf den Kandidatenlisten der Parteien, die auf keine Unterstützung Wert legen. Sodann beauftragte er den Willen, noch vor den Reichstagswahlen durch Verleihung möglichst vieler Verwaltungämter und Dienststellen die satistische Macht in seine Hände zu bringen, damit dann ein Reichstagsvorsteher von Stahlhelms Gnaden die Volksoverteilung im Falle der Unabwägbarkeit ohne Scheu nach Hause schicken könne, wobei er zweckmäßigerweise auf vor dem Reichstag aufgefahrene Batterien verweise.

Die Echtheit dieses von Nagr angeführten Protokolls wird durch das Aufsitzen des Stahlhelmsführers Franz Selbte am Donnerstagsabend in einer öffentlichen Versammlung in München und durch eine vorangegangene geheime Führerbesprechung unterstrichen. Selbte führte u. a. aus:

Als nationale Opposition wolle der Stahlhelm ein Instrument schaffen, das eines Tages ein starker Mann gebrauchen würde. Dieser Tag der Krise könne schneller kommen, als mancher denke, vielleicht schon durch den jetzt drohenden Konflikt in der Eisenindustrie. Wenn dann aber der Stahlhelm zur Macht komme, müßte er den Arbeiterkameraden in seinen Reihen sagen, daß wieder länger und mehr gearbeitet werden müsse, sonst könne Deutschland keine innere und äußere Befreiung nicht durchzuführen.

In der geheimen Führerbesprechung wurde Selbte deutlicher:

### Auslieferung an die Klassenjustiz

Im Reichstag fand gestern die Verhandlung über die Anträge auf Genehmigung der Strafverfolgung gegen die Mitglieder der Zentrale der KPD statt. Wir wissen schon antizipierend, brachte der Bürgerblock den Antrag der Vernehmung und Vorführung, sowie der Genehmigung zur Verhaftung in den Sommerferien.  
In der gestrigen Sitzung des Reichstages brachten die Regierungsparolen einen solchen Antrag ein. Der Zentrumsabgeordnete Beill beantragte die Annahme des Bürgerblockantrages. Die SPD wendete sich dagegen. Genosse Schaller brandmarkte die Absicht des Bürgerblocks, die KPD-Führer zu verhaften, um damit dem revolutionären Proletariat die Führung zu wehren. Die Klassenjustiz hat gezeigt, daß sie die monarchischen Verhältnisse in Schutz nimmt unter Mithilfe aller verschiedenen Regierungen. Der Reichstag soll sich zum Instrument dieser Klassenjustiz machen. Allerdings, dieser Reichstag ist auch das Instrument zur Durchführung der Ruhraktionen, ebenso wie die Regierung selbst das Instrument der industriellen ist. Sie glauben, die Sturmzeichen neuer revolutionärer Bewegungen abwenden zu können durch Verfolgung der Führer der kommunistischen Partei.  
Der Antrag über das Jahr 1923 wird zu einem Prozeß gegen die bürgerliche Klassenherrschaft werden.  
Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

### „Steuereckelchen“

Die Kommunisten unterstützen bäuerliche Steuerforderungen  
Im Preussischen Landtag steht die Deutsche Volkspartei in Opposition zur Regierung. Sie hat dort vor kurzem einen Antrag eingebracht, der Forderungen enthält, die die Kommunisten im Interesse der wertvollen Bauern im Reichstag schon mehrmals in Form von Anträgen erhoben hatten. Die Faktion der Deutschen Volkspartei im Reichstag hat diese Forderungen aber stets abgelehnt. Die „Deutsche Bauernzeitung“, die die kommunisnischen Anträge tatgeschwiegen hat, begrüßt nun den volksparteilichen Antrag mit großer Begeisterung; er entspreche voll den gerechten Forderungen, die schon längst von den Bauernverbänden erhoben worden seien, die in der „Deutschen Bauernschaft“ zusammengeschlossen seien.  
Im Reichstag steht die Deutsche Volkspartei in der Regierung. Wir wollen sehen, ob sie im Reichstages die bäuerlichen Forderungen unterstützt und dem Antrag zustimmt, der nun von den Kommunisten erneut eingebracht wurde und der lautet:  
Antrag Stocker und Genossen:

- Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen:
- Bei der Durchführung der Steuerveranlagung nach dem Bodenbewertungsgefeß:
    - a) bei der Berechnung der Vektar-Durchschnittsätze für die Einkommensteuerveranlagung der nicht buchführenden bäuerlichen Betriebe nicht nur mit Gewinn, sondern auch mit Verlust arbeitende Betriebe zu berücksichtigen;
    - b) lachgemeßer sehtzukellen, wieviel Morgen eine Arbeitskraft bewirtschaften kann.
  - Einen Gehelntwurf vorzulegen, wonach:
    - a) der steuerfreie Teil für die nach Verkaufsfällen veranlagten bäuerlichen Betriebe von 600 auf 1200 RM, wie bei den Gehalts- und Lohnempfängern, erhöht wird;
    - b) die Arbeitszuschläge für die Frau und die erwachsenen Kinder beseitigt werden.

### Der Bürgerblock will das Betriebsrätegefeß verwickeln

Berhöf im Sozialpolitischen Ausschuf des Reichstages  
Nachdem sich der Sozialpolitische Ausschuf des Reichstages den fortgeschrittenen Forderungen der Kommunisten nach Beratung der Betriebsrätefragen nicht mehr verschließen konnte, wurde in der Sitzung am 9. Dezember mit der Beratung der zur Abänderung des Betriebsrätegesetzes vorliegenden Anträge und Gegengewürfe begonnen. Es wurde zunächst beschloffen, von einer Beratung der allgemeinen Abänderungen abzusehen und vorläufig die Frage der Wahl des Betriebsrates und des Stabes der Mitglieder des Wahlvorstandes und der Kandidaten gegen Entlassung als vordringlich zu behandeln.  
Hierzu fordert die kommunistische Faktion in ihrem Geselntwurf die Bildung des Wahlvorstandes in von den Gewerkschaften einzuwerbenden Betriebsverammlungen, falls der alte Betriebsrat keinen Wahlvorstand einleht. Zum Schutze der Mitglieder des Wahlvorstandes und der Kandidaten fordern die Kommunisten die Aufnahme des Entlassungsverbotes in das Gesetz. Die Sozialdemokraten fordern ebenfalls die Bestellung des Wahlvorstandes in Betriebsabverammlungen; die Entlassung von Mitgliedern des Wahlvorstandes und Kandidaten zum Betriebsrat wolle die Sozialdemokraten von der Zustimmung des Arbeitogerichtes abhängig machen.  
In der Begründung des kommunistischen Antrages nahm Genosse Kädel Bezug auf die ungescheuerliche Rechtspraxis der Arbeitsgerichte, die bereits in der kurzen Zeit ihres Bestehens genug bewiesen haben, daß sie in allem die gegen die Arbeiter gerichteten Repressalien der Unternehmer unterstützen. Genosse Kädel lehnte sich des weiteren mit einem von den Regierungsparteien vorgelegten Gegengewürfe auseinander, dessen Sinn es ist den Unternehmern bei der Vorhinderung von Betriebsratswahlen eine Hilfestellung zu geben.  
Die Bürgerblockparteien wollen, falls der alte Betriebsrat oder der Unternehmer den Wahlvorstand nicht bezeugen,

„Eines Tages müßte ein Reichstagsvorsteher, wenn ihm der Reichstag sein Nichttrauen ausprobiert, nicht zurücktreten, sondern sagen: „Ihr habt auch nicht mein Vertrauen und ich beurlaube Sie daher.“ Ich habe eine Batterie auffahren lassen, um ihnen beim Verlassen dieses Hauses zum Abschied einen Ehrensalut zu geben.“ — Unter den Abgeordneten könnte sich evtl. ein alter Soldat befinden, der aus dem Konter sehen würde, daß bei den Geschühen scharfe Munition läge und daß die Geschühe auf das Gebäude gerichtet seien. Das alles sei seiner Auffassung nach kein Ausfch, sondern passivemachen ein kalter Druck von oben. Ein Postminister sei ein neues Kabinett zu bilden.“

Der Vorwärts schwang sich zu folgender Entgegnung auf: „Bei den kommenden Reichstagswahlen wird der politische Wille des deutschen Volkes mit so elementarer Gewalt hernorbekchen, daß den verantwortungslosten Fachlisten Hören und Sehen vergehen wird.“

Die Bemerkungen des Stahlhelmsführers Selbte stehen in engem Zusammenhang mit den von uns vor einiger Zeit gebrachten Forderungen des Vlattes der Volkspartei, des Dresdener Anzeigers, auf Auflösung des Reichstages und Intrafierung des Artikels 48. Die Arbeiter müssen sich gegen die Angriffe wappnen, stehen sie doch im ersten Zusammenhang mit dem Vorgehen der Ruhrindustriellen. Wenn diese den wirtschaftlichen Druck auf die Arbeiter vergrößern wollen, dann müssen sie den politischen Terror noch verstärken. Die Arbeiter dürfen diese Drohungen der Stahlhelmer nicht leicht nehmen, sondern sich auf ernste Kämpfe vorbereiten. Der Gegenschlag gegen die Ruhrindustriellen ist die beste Antwort. Eine in diesem Kampfe siegreiche Arbeitererschaft wird einen gewaltigen Schritt auf dem Wege zur Ueberwindung der Kapitalherrschaft getan haben.

die Bestellung durch das Arbeitsgericht erfolgen soll, jedoch nur auf Antrag eines Zehntels der Belegschaft oder mindestens 20 wahlberechtigten Arbeitern. Der weitere Abbau der Betriebsräte würde eine unmittelbare Folge dieser Geselntesänderung sein, unter Anwendung verstärkter Terrormaßnahmen der Unternehmer gegen die Arbeiter, und würde gewiß in vielen Fällen der gegenwärtige Antrag auf Bestellung eines Wahlvorstandes unterbleiben.  
Mit Recht bezeichnete Genosse Kädel den Antrag des Bürgerblocks als eine grobe Provokation der Arbeitererschaft, und kündigte den entscheidenden Kampf gegen diese neuen reaktionären Absichten des Bürgerblocks an.

### Ausschluß aus der KPD

Das Plenum des JA der KPD faßte in seiner Sitzung vom 9. Dezember einstimmig folgenden Beschluß:  
Das Parteilied Karl Berner, Subl, wird aus der KPD wegen parteifeindlicher Tätigkeit ausgeschlossen.

Begründung:  
In der Reichsausgabe des Zuhler „Volkswille“ vom 1. Dezember erschien ein Aufruf: „An die Genossen der Opposition.“ Dort wird gesagt:

„Soll nun in Deutschland die Möglichkeit einer noch weit besseren Verbindung zwischen der Opposition hergestellt werden, so ist es möglich, unser Parteiorgan (das heißt also, das Organ der Oppositionspartei, JA), den Zuhler „Volkswille“ tatkräftig zu unterstützen... Innerhalb 14 Tagen müssen in allen oppositionellen Ortsgruppen Werbekampagnen für den „Volkswille“ durchgeführt werden, je höher die Auflage, um so früher sind wir in der Lage, eine besondere Reichsausgabe herauszugeben und täglich 8 Seiten herauszugeben. Der Monat Dezember soll als Uebergangsmonat gelten, vom 1. Januar ab soll der „Volkswille“ ein anderes politisches Gesicht erhalten.“

Dieser Aufruf entspricht einem vorher gefassten Beschluß der Reichsleitung der Maslow-Organisation, wonach der Zuhler „Volkswille“ ab 1. Januar das Reichsorgan der Maslow-Organisation werden soll. Das Organ der KPD, „Volkswille“, soll politisch an die Maslow-Organisation ausgeliefert werden. Das geht auch hervor aus dem Aufruf der Maslow-Organisation in der Fahne des Kommunismus vom 9. Dezember. In Verbindung mit dem genannten Aufruf erschießen folgende Mitteilung:

„Achtung! Oppositionelle Genossen! Für den Briefverkehr mit der Geschäftsleitung und Expedition, sowie der Redaktion des „Volkswille“ gilt die Adresse Karl Berner.“  
Die Auslieferung des „Volkswille“ an die Maslow-Organisation ist die entscheidende Maßnahme zur formellen Gründung der Maslow-Partei. Durch die Herausgabe eines Tagesorgans will sich die Maslow-Organisation eine breitere Agitationsmöglichkeit schaffen, um bei den kommenden Wahlen mit selbständigen Kandidatenlisten auftreten zu können. Zudem Karl Berner politisch und organisatorisch die Aufträge der Reichsleitung der Maslow-Organisation durchführt, hat er sich selbst außerhalb der Reihen der KPD gestellt.  
Zentralkomitee der kommunistischen Partei Deutschlands  
Sektion der kommunistischen Internationale.

### Unermindelter Kampf der Saareisenbahner

Der Kampf der Saareisenbahnarbeiter geht unermindert weiter. Die bürgerliche Presse teilt mit, daß die Eisenbahndirektion zu weiterem Entgegenkommen bereit sei. Sie will sogar die Arbeiter wieder einstellen, die sie wegen angeblich „ehrenrühriger Handlungen“ entlassen hatte. Die Erbitterung unter den Beamtenschaft, die zum Arbeitsdienst kommandiert wurde, wächst sehr stark. Die Beamten sind über die Zumutung der 12stündigen Arbeitszeit sehr aufgebracht. Ebenso beunruhigt die Erbitterung auf die Post- und Telegraphenarbeiter aus. Es sollen jetzt wieder neue Verhandlungen stattfinden. Das Durchhalten der Arbeiter zeigt, daß die Eisenbahndirektion niedrigerungen wird, wenn die Arbeiter fest stehen. Für die gesamten Eisenbahner ist der Kampf ihrer saarländischen Kollegen bis jetzt ein leuchtendes Beispiel.

### Ein frecher Postraub

III. Halle, 8. Dezember. Auf ein Postgebäude in Halle wurde ein frecher Ueberfall verübt. Ein Unbekannter schlug gestern nacht das Fenster eines Schaltzimmers ein und entnahm einem nahe dem Fenster stehenden Schreibisch 5000 RM. Auf seiner Flucht verlor er 3020 RM. Bis her konnte der Täter noch nicht gefaßt werden.

### Schweres Bergwerkunglück in Zentral-Rußland

III. Kowno, 10. Dezember. Wie aus Moskau gemeldet wird, wurden in einem Bergwerk in Zentralrußland 73 Arbeiter verschüttet. 20 der Verschütteten konnten nur noch als fortgeleht werden. Die Bergungsarbeiten werden noch fortgesetzt. Als Ursache des Unglücks werden heftige Schneehänge angegeben.

### Bier Opfer eines Flugzeugunglücks

III. London, 9. Dezember. Nach einer Meldung aus Tokio sind zwei japanische Warichtingzeuge bei Kadschiun über den Äquator von Unruh zusammengestoßen. Beide Warichtingzeuge wurden vollständig zertrümmert. Beide Piloten sind tot.